

0.146.0 - HOF/LUE

Bern, 13. Juni 1988

KurzberichtPodiumsgespräch

30. Mai 1988, Rest. Bürgerhaus, Bern

veranstaltet aus Anlass der neuesten Broschüre des Schweiz. Friedensrates:
"Neutrale Weltraumpolitik?"

(Mitveranstalter: Grünes Bündnis, Bern)

Teilnehmer:

Nationalrat H. Braunschweig, Dübendorf

Peter Hug, Bern

Peter Creola, EDA, Bern

H.P. Schneiter, CONTRAVES, Zürich

Leitung:

Anton Ladner, Wirtschaftsredaktor Radio DRS

Was am 23. November letzten Jahres mit einem längeren Telefongespräch zwischen der Wissenschaftssektion/EDA und dem sich als Historiker und Mitarbeiter von **NR Braunschweig** vorstellenden **Peter Hug** begann, führte am 18. Dezember im Nationalrat zur "Interpellation Braunschweig" über die Raumfahrtspolitik des Bundes, am 19. Mai dieses Jahres zur Veröffentlichung der Streitschrift "Neutrale Weltraumpolitik?", für die der Schweiz. Friedensrat als Herausgeber und **Peter Hug** als Redaktor zeichnen, und schliesslich zum kürzlichen Podiumsgespräch im Berner Bürgerhaus.

Eigentlich hatte man aufgrund der von über 40 Volksvertretern und -vertreterinnen doch zahlreich mitunterzeichneten Interpellation erwartet, dass an diesem Abend auch die politisch interessierte Öffentlichkeit anrücken werde, standen doch erstmals in der über 20-jährigen Geschichte der Beteiligung unseres Landes an der europäischen Weltraumzusammenarbeit "die enormen Raumfahrtausgaben der Schweiz; die Entscheidungsverfahren bei der Schweizer ESA-Beteiligung und die Rolle der CCAS; die militärischen Interessen in der Raumfahrt; die Stellung Europas zwischen den beiden Weltraum-Supermächten" als Schwerpunktthemen öffentlich zur Debatte.

./.



Dass schliesslich, nach Abzug von rund 15 "Pflicht-Anwesenden" (Verwaltung, Medien) leider nur gerade etwa eineinhalb Dutzend Interessierte zu dieser Veranstaltung gekommen sind, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass von nun an diese Fragen im Raume stehen und die europäische Weltraumzusammenarbeit im Bundeshaus zu jenen Themen zählen dürfte, die "im Auge zu behalten" sind.

Denn in diesem Sinne wollte auch der sich als Sozialarbeiter und Amtsvormund in Zürich einführende **NR Braunschweig** seine Voten verstanden wissen. So, wie heute die Atomenergie, Gentechnologie, Hochtechnologie, löse auch die Raumfahrt/Weltraumtechnologie auf das geistesgeschichtliche Empfinden ein Unbehagen aus: Die sozialen und demokratischen Dimensionen der Anliegen unserer Gesellschaft kämen heute eindeutig zu kurz. Aus staatsrechtlicher Sicht nähme heute die sehr grosse und stets steigende Zahl ausserparlamentarischer Kommissionen, und unter diesen eben auch die CCAS, dem Parlament in zunehmendem Masse Verantwortung, schöpferische Entscheidungsgestaltung ab und reduziere es zu einer bloss "gesetzeskorrigierenden" Instanz. Aussenpolitisch sei die schweizerische Neutralitätspolitik "nur immer im Westen integriert", was ihre Glaubwürdigkeit in Frage stelle.

Während für **Braunschweig** - der es sich übrigens nicht nehmen liess, die Kooperationsbereitschaft des EDA bei der Informationsbeschaffung zur Vorbereitung seiner Interpellation ausdrücklich zu würdigen - die Raumfahrtpolitik des Bundes stellvertretend für andere Bereiche ein Exempel der "demokratischen Verarmung" der Schweiz darstellte, formulierte **Peter Hug** die gegenüber dieser Politik gemachten Vorbehalte in Form von Feststellungen und Thesen, die allesamt in der erwähnten Broschüre ausgearbeitet sind, spezifisch aus.

Für ihn besteht eine Parallele zwischen Raumfahrt und Atomenergie, die beide ihren Anfang in den militärischen Technologien des 2. Weltkrieges hätten und mit grossem öffentlichem Aufwand gefördert worden seien. Heute würden zu deren Finanzierung zivile Entwicklungsprogramme herangezogen (Satelliten-Telekommunikation/Atomstrom). Während **Hug** die Anstrengungen Europas zur Abkoppelung von den USA begrüsst, war ihm unbehaglich zumute, dass dies zum Preis des Aufbaus einer fragwürdigen Hochtechnologie zu geschehen habe. Die schweizerische Raumfahrtpolitik habe sich nie auf Folgeabschätzungen abgestützt. An deren Stelle würden Mythen des Fortschrittglaubens propagiert. Mit der Ministerkonferenz von Den Hag sei das Engagement der Schweiz an einem kritischen Punkt angelangt.

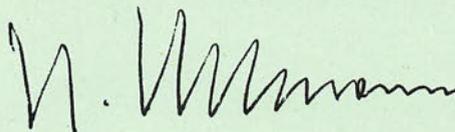
In doch etwas überraschender Weise nahm **NR Braunschweig** in diesem Zusammenhang die Nichtbeteiligung der Schweiz am COLUMBUS-Programm zum Anlass, um die "Art und Weise, wie der bundesrätliche Entscheid entgegen den Empfehlungen der Weltraumkommission zustande gekommen ist" als Beweis für das Nichtfunktionieren des demokratischen Entscheidungsprozesses hinzustellen.

Dass sich die Interpellanten vor den fachlich und politisch fundiert und konzipierte informierenden und argumentierenden **Creola** und **Schneiter** zweitweise nur noch hinter ihrem Berg von Reports und statistischem Material zu verschanzen vermochten, ist angesichts der Komplexität der Materie verständlich und veranschaulicht, auch hier wieder stellvertretend für andere Bereiche, wie hoch die Anforderungen sein können, die heute an unsere politischen Entscheidungsträger zur Bewältigung ihres Auftrages gestellt werden.

Objektiverweise räumten **Creola** und **Schneiter** ein, dass heute vielleicht die Zeit gekommen sei, die Zusammensetzung der CCAS neu zu überdenken; dass militärische Verwertungen von Weltraumprogrammen immer möglich seien, trotzdem die ESA dieses Ziel keinesfalls verfolgt; dass es für die Schweiz tatsächlich heikle neutralitätspolitische Situationen geben könne, wie z.B. beim COLUMBUS-Programm. - Dies hat sicher zum guten psychologischen Einvernehmen zwischen den beiden debattierenden Parteien und zur Erleichterung der Aufgabe des Moderators beigetragen. Falls sich die beiden an diesem Abend vertretenen Standpunkte "Holzvergaser für die dritte Welt" vs. "Trägerraketen zur Erforschung des Weltraumes" einander überhaupt näher bringen lassen, wäre aber dazu sicher die Bereitschaft zu einem ständigen Dialog erforderlich.

Direktion für internationale
Organisationen

Sektion Internationale Wissen-
schaftliche Angelegenheiten



(R. Hofmann)

Beilage:

- Einladung des SFR
- Rundschreiben SFR an die BV

Kopien:

MF, ER, CRE, CV, PF

Schweizerischer Friedensrat
Zürich

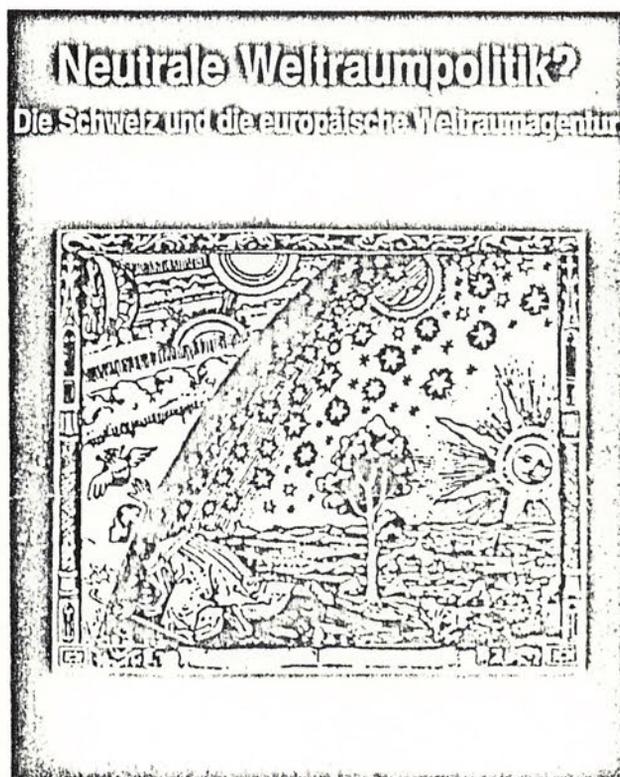
Grünes Bündnis
Bern

Podiumsgespräch:

87 Bundesmillionen für Weltraumfahrt

Verwicklungen der Schweiz in den Krieg der Sterne

Aus Anlass der neuesten Broschüre des Schweizerischen Friedensrates "Neutrale Weltraumpolitik?", die sich mit den enormen Kosten der Schweizer Beiträge an die europäische Weltraumagentur ESA und deren Hintergründen befasst, diskutieren:



(Broschüre "Neutrale Weltraumpolitik?", 1988, 52 S., Fr. 5.-; SFR, Postfach 6386, 8023 Zürich)

Dr. Peter Creola, Chef Sektion internationale wissenschaftliche Angelegenheiten, EDA, Bern

Dr. Hanspeter Schneiter, Leiter Produktlinie Raumfahrttechnik der Firma Contraves, Zürich

Nationalrat Dr. Hansjörg Braunschweig, SP, Dübendorf

Peter Hug, Historiker, Bern

Leitung: **Anton Ladner**, Wirtschaftsredaktor Radio DRS

Montag, 30. Mai 1988, 20 Uhr
Restaurant Bürgerhaus, Neuengasse 20, Bern

Schweizerischer Friedensrat
Postfach 6386
8023 Zürich

An die
Mitglieder der
Bundesversammlung

Zürich, 13.5.1988

Finanzplanung 1988-1991: Beiträge an die europäische Weltraumagentur ESA

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie erhalten in der Beilage die neueste Broschüre des Schweizerischen Friedensrates (SFR), deren Inhalt Sie, wie wir glauben und hoffen, interessiert. Im Verlaufe der Debatte über die Finanzplanung 88-91 werden Sie nicht zuletzt zur Höhe des jährlichen schweizerischen Beitrages an die ESA Stellung zu nehmen haben.

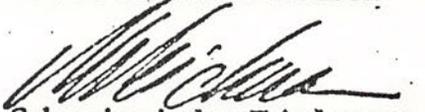
Mit der vorliegenden Broschüre hat der SFR versucht, diese Beiträge (geplante Steigerung 17%) kritisch zu beleuchten. Wir glauben, dass im Rahmen einer demokratischen Finanzsprechung das Parlament zur Beurteilung dieser Beiträge eingeladen werden müsste und weisen insbesondere auf die bisher weitgehend unbeachteten militärischen Risiken hin.

Mit zehn Postulaten, die wir Ihrem Interesse empfehlen, ziehen wir Bilanz aus dieser Analyse und formulieren Anhaltspunkte, für eine glaubwürdige Weltraumpolitik eines neutralen Kleinstaates; u.a.

- 1) Für eine Demokratisierung des Kreditsprechungsverfahrens
- 2) Für eine konsequente Abschätzung und Beurteilung von Nutzen und Risiken
- 3) Für eine grundsätzliche europapolitische Auseinandersetzung, welche die politisch unakzeptablen Folgen einer technologischen Integration der Schweiz in die im Aufbau begriffene militärische Grossmacht Westeuropa beachtet.

Wir hoffen und vertrauen auf Ihr Engagement in der vor Ihnen stehenden Finanzplanungs-Debatte, sowie in anderen, die erwähnten Sachverhalte betreffenden Gebieten und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen


Schweizerischer Friedensrat
Markus Weidmann

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung unter Tel. 01 / 242 93 21. Unter dieser Nummer können für Fr. 5.- auch weitere Exemplare der Broschüre bezogen werden.